

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Riesa,  
Grosch 12. 20,  
Postfach 12. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Riesa 1580.  
Verlagsamt:  
Riesa 12. 52.

N. 289.

Freitag, 12. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Wiedereintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Mehrzeilige und tabellarische Anzeigen 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Die Bergwerkskatastrophen vor dem Reichstag. Der Reichstag bis 3. Februar 1931 vertagt.

Berlin, 12. Dezember, 10 Uhr. (Funkdruck.)

Abg. Forster (Komm.) beantragt, den Bericht des Ausschusses über die Anträge auf soziale Gefährdungsfürsorge auf die Tagesordnung zu setzen. Das scheitert an dem Widerspruch des Zentrum.

Auf der Tagesordnung steht der Ausschussbericht über

### Stillschließungen

#### aus Anlaß der Grubenkatastrophe zu Alsdorf.

Der Ausschuss empfiehlt eine Entschädigung, in der die Reichsregierung erübt wird, zwei Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Angehörigen der beim Grubenunglück zu Alsdorf und bei anderen Unglücksfällen verunglückten Bergleute dieses Reviers zur Verfügung zu stellen und auf eine eingehende Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe hinzuwirken.

Mit der Beratung werden verbunden Anträge der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und Kommunisten, die sich gegen die beabsichtigte Stilllegung der Benzelsgrube bei Neurode richten.

Reichsarbeitsminister Siegelmann führt aus, die preussische Verwaltung habe alle Kräfte angelegt, um die Ursachen der Grubenkatastrophe zu Alsdorf zu erörtern. Die Untersuchung sei sehr erschwert worden durch die bei dem Unglück angetroffenen Verhältnisse und durch die Art der Explosion, die ohne Beispiel in der Geschichte der Grubenkatastrophen sei. Für die Hinterbliebenen der Opfer sei von der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung Hilfe geleistet worden. Außerdem seien von privater Seite, auch aus dem Auslande, viele Spenden gekommen, deren Betrag bereits 1 1/2 Millionen RM übersteige. Die Reichsregierung verfolge aufmerksam die Arbeitsverhältnisse und Sicherheitsverhältnisse im Wurmholztrevier. In der Angelegenheit der Benzelsgrube bei Neurode seien Verhandlungen im Gange. Wenn die Stilllegung dieser Grube vermieden werden soll, müßten Umstellungen vorgenommen werden, über die auch mit dem Wirtschaftsministerium verhandelt werden müsse. Die Beteiligung ausländischen Kapitals am deutschen Bergbau lasse sich genau feststellen. Der Minister beschäftigt sich dann auch mit dem Unglück auf der Wagnersgrube bei Saatzbrücken. Auch in diesem Falle sei durch private und öffentliche Stellen für die Hinterbliebenen der Opfer gespendet worden. Der Bergbau sei durch die letzten schweren Katastrophen vor neue Probleme der Unfallverhütung gestellt. Die Reichsregierung werde nichts vernachlässigen, was zur Verhütung ähnlicher Katastrophen dienen kann.

Abg. Siegelmann (SPD.): Es muß alles getan werden, um den Betrieb der Benzelsgrube zu ermöglichen und um überhaupt dem gefährdeten Bergbau im niederschlesischen Steinkohlenrevier zu helfen. Das Jahr 1930 war ein Unglücksjahr für den deutschen Bergbau. Die drei großen Katastrophen haben zusammen über 600 Todesopfer gefordert. Dazu kommen aber die vielen Opfer, die einzeln im täglichen Arbeitsprozeß in den Gruben fallen. Auf diese Weise haben im Jahre 1929 täglich mehr als vier Bergknappen den Tod in der Grube gefunden. Wir verlangen, daß die Untersuchung der Ursachen der Katastrophe von Alsdorf mit aller Eile und Rücksichtslosigkeit durchgeführt wird. Es geht jetzt schon fest, daß es sich um eine Kohlenstaub- und Schlagweiteregression unter Tage gehandelt hat. Die anderbläutende Darstellung der Kommunisten ist falsch. (Zurufe der Kommunisten.) Im Bergbau Sowjetrusslands liegen die Verhältnisse schlimmer als in Deutschland. Auf der Grube Alsdorf und in den übrigen Gruben des Schmeider Reviers herrscht ein ables Antreibersystem. Die soz.-dem. Fraktion beantragt die baldige Vorlage eines Reichsberggesetzes, in dem den Grubenkontrolleuren und Wetterkontrolleuren größere Rechte gewährt werden.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium erklärt zu den Anträgen auf Weiterführung der Grube, die Reichsregierung sehe in Verhandlungen mit der preussischen Staatsregierung, um einen Weg zu suchen, auf dem die Stilllegung vermieden werden kann. Die Stilllegung droht deswegen, weil die Verwaltung sagt, sie könne bei einer Fortführung der Grube auch bei noch so hohen Staatssubventionen nicht die Gewähr für die Sicherheit vor weiteren Kohlenstaubausbrüchen übernehmen.

Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.) bezeichnet als eine der Ursachen der Alsdorfer Grubenkatastrophe die große Ausdehnung und Überanforderung der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter sagten, sie hätten Scheinmannen erteilt müssen, weil ihnen sonst der drohende Abbau keine Zeit zum ordnungsmäßigen Ausmanövrieren der Hohlräume ließ. Die so verbliebenen Hohlräume waren Sammelstätten für die Schlagweiteregression, deren Explosion die Katastrophe hervorrief. Das Ausdehnungssystem auf dieser Grube geht so weit, daß als Rettungsmaßnahmen nicht die geschulten Bergleute in die Grube geschickt werden, sondern ungeschulte Bauernsöhne und Landarbeiter, die dann bei den Rettungsarbeiten selbst

verunglückt sind, weil sie keine geschulten Führer hatten. (Hört! Hört!) Meine Angriffe gegen die Grubenverwaltung hat auch das Organ der Grubenverwaltungen, „Die Deutsche Bergwerkszeitung“ nicht mit ihren schamlosen Berichten widerlegen können. Die schlimmen Zustände im deutschen Bergbau sind eine Folge der Auslieferung der deutschen Gruben an das französische Kapital. Der französische Kanonendonner Schneider-Creuzot ist der eigentliche Herrscher der Gruben des Ruhrreviers. Diese französischen Herrscher, nach deren Meinung 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt sind, haben doch kein Interesse am Leben deutscher Bergarbeiter. Die eigentlichen Mörder von Alsdorf sind die Tributzuschützer in diesem Hause. Durch den Verzicht auf den Rhein-Walchensanal wird das ganze Ruhrrevier überdies der holländischen Wirtschaft preisgegeben. (Zurufe der kommunistischen Abg. Sattler.) Herr Sattler, Sie haben nie gearbeitet, aber Sie haben 1/2 Jahre im Gefängnis wegen Diebstahls. (Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Forster (Komm.) erklärt, die Grubenkatastrophen seien die Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Sozialdemokraten seien die eifrigsten Vertreter der Grubenkapitalisten.

Wirtschaftsminister Siegelmann, der Leiter des preussischen Gruben-Eicherbeirats, erklärt, die Explosion auf der Grube Alsdorf sei ganz besonders rätselhaft, weil bisher keine Grubenkatastrophe vorgekommen sei, die einen Vergleich anlasse. Alle bisherigen Erklärungen hätten die Untersuchung noch nicht einen Schritt weitergeführt, ebensowenig die verschiedenen in der Presse und in Reden vorgebrachten Vermutungen. Warum das Unglück dieses Ausmaß angenommen hat, weiß bisher noch kein Mensch. (Abg. Wörstel (Komm.): „Dann scheren Sie sich um Teufel, wenn Sie das nicht wissen!“ — Abg. Wörstel erhält einen Ordnungsruf.) Wir werden die Untersuchung gewissenhaft fortführen und hoffen bald zu einem Ergebnis zu kommen. Wir hatten 1928 die niedrigste Zahl der Opfer von Grubenkatastrophen seit etwa 20 Jahren. Alle diese Fortschritte sind zunächst gemacht durch die 3 Katastrophen dieses Jahres.

Abg. Röhren (Nz.) erklärt, seine Freunde lehnten es ab, die Grubenkatastrophen parteipolitisch zu verwerfen, wie es andere Parteien getan hätten. Der Nationalsozialist Sey habe eine außenpolitische Rede gehalten, und der Präsident habe das leider zugelassen. (Witzpräsident Söhr: „Ich hatte den Eindruck, daß die Ausführungen des Abg. Ley zur Sache gehörten.“) Weniger beachtet als solche große Katastrophen werden die vielen Opfer, die Tag für Tag aus den Reihen der Bergarbeiter in den Gruben fallen. Den Bergleuten muß geholfen werden. Die Rationalisierung im Bergbau ist übertrieben worden auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter. Das ist kein Arbeit mehr im Bergbau, das ist ein Rennen und Jagden nach Profit, wie es kein anderer Betrieb kennt. (Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.): „Wer ist denn daran schuld, die Zentrumspolitik!“) In dieser Zeit, in der noch alle unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophen stehen, sollten die Bergbauunternehmer nicht mit Lohnabwärtungen kommen. Die Kohlenpreissenkung kann ohne Lohnabwärtungen getragen werden. (Rufe b. d. Nationalsozialisten und Kommunisten: „Sagen Sie das doch Ihren Parteigenossen!“)

Abg. von Freytag-Loringhoven (Dn.) verlangt in kurzen Ausführungen den Weiterbetrieb der Benzelsgrube. Abg. Albrecht-Dannover (Dn.) behauptet, daß auch solche Katastrophen parteipolitisch auszuwerten wären und führt fort, von den Kommunisten sind wir das gewöhnt, aber gegenwärtig versuchen die Nationalsozialisten auf diesem Gebiet mit den Kommunisten zu rivalisieren. (Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.): „Das ist ja gelogen!“ — Präsident Wöbe ruft den Abg. Ley zum zweiten Male zur Ordnung.) Der Nationalismus ist ein hebräisches Vieh, aber durch nichts wird dieses hebrä Vieh mehr beschmutzt als durch . . . .

Die letzten gegen die Nationalsozialisten gerichteten Worte werden überhört durch laute Protestrufe der Nationalsozialisten: „Durch Ihr Aktienkapital! Durch Ihre Profitwirtschaft!“ Als Abg. Albrecht fortfährt: Abg. Ley macht seinem Namen Ehre und sei ein vollständiger Laie, antwortet der Abg. Ley: „Sie Drüllenschnitzler!“

Präsident Wöbe: Herr Abg. Ley, ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung und weise Sie auf Grund des § 81 auf dem Saale.

Abg. Ley verläßt unter Protestrufen der Nationalsozialisten den Saal.

Abg. Albrecht sucht in seinen weiteren Ausführungen nachzuweisen, daß Abg. Dr. Ley in seinen Ausführungen über die Ursache der Alsdorfer Katastrophe die Tatsachen ganz falsch dargestellt habe. Es sei nicht zu leugnen, daß die deutschen Kapitalisten ein warmes Herz für ihre Arbeiter haben, (Wohlfahrter Widerspruch bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.) Sie lassen sich weniger von Profitlust leiten, als der Verleger des gegen die Kapitalisten gerichteten Flugblattes von Dr. Ley. (Lauter Widerspruch, ein Nationalsozialist ruft zweimal, das ist ja eine Lüge!) — Der Zuschauer wird vom Präsidenten ebenfalls zur Ordnung gerufen.) Im großen und ganzen wird man den deutschen

Grubenunternehmern kein Antreibersystem vorwerfen können. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) Wir beantragen den deutschnationalen Antrag gegen die Stilllegung der Benzelsgrube dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss zu überweisen.

Abg. Bürger (NSDAP.): Wenige Tage nach der furchtbaren Katastrophe auf der Grube in Alsdorf, als die Opfer noch nicht geborgen waren, stand in der „Deutschen Bergwerkszeitung“: „Die Dividenden der Grube sind bis 1941 nicht gefährdet!“ (Witzruf!) Der Mensch, der so etwas schreibt, während noch die Mütter und Frauen der Bergleute um die Opfer weinen, der Mensch, der da nur an den Profit denkt, der geht ins Nichts! (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Mein Vater war Grubenbeamter und bei einem Streit wurden auf den Hüften Druck des Generaldirektors Achten vier Beamtensohne genommen, zur Verrichtung der Holzarbeiten in die Grube zu fahren. Ich war damals 18 Jahre alt, mein Bruder, der damals zum ersten Male in die Grube fuhr, 15 Jahre alt. Mein Bruder wurde nach zweifelhafte Arbeit in der Grube durch den plötzlich gerissenen Förderkorb in drei Stücke zerissen. So habe ich meinen Bruder verloren. Wir mußten in die Grube fahren, weil sonst unser Vater auf die Straße gelassen wäre. Mein Vater, der seinen Sohn geopfert hatte, hat von diesem Generaldirektor Achten kaum ein Wort der Anerkennung erfahren. Dieser Generaldirektor Achten, der heute noch prominentes Mitglied der Deutschen Volkspartei und des Reichswirtschaftsrates ist, ist der Typ des brutalen deutschen Kapitalisten, der über Leichen geht. Im Mittelpunkt aller Interessen dieser Kreise steht heute nicht mehr das Schicksal des deutschen Menschen, sondern der Profit. Diese Menschen sind schuld daran, daß Kommunisten und solche Leute aufkommen sind. Wir hassen die Kapitalisten, weil wir das deutsche Volk lieben. Diese Leute haben aber nie ihre Verantwortung vor der Nation geküßt, sondern nur ihrem Profitstreben nachgesehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Verhins (Nz.) empfiehlt die Annahme des Antrags auf Fortführung der Benzelsgrube ohne Ausschussberatung.

Abg. Limberg (SPD.): Von einer Antreibererei im Bergbau könne nicht gesprochen werden, die Gefahren seien im Gegenteil so groß, daß man auch an der Ruhr ähnliche Katastrophen befürchten müsse.

Abg. Dr. Albrecht (Dn.) erklärt, die schweren Beweise, die der Abg. Bürger (NSDAP.) hier gegen Generaldirektor Achten erhoben habe, ließen sich natürlich nicht sofort nachprüfen. Das allgemeine Verhalten zahlreicher Nationalsozialisten gehegte es ihm und seinen Parteifreunden jedoch nicht, diese Darlegungen für zutreffend zu halten.

Die Abstimmung wird zunächst zurückgeschickt.

### Kommunistische Unterstützungsanträge.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrags auf Auszahlung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, sowie alle fürsorgeberechtigten. Der Reichshandelskammerausschuss schlägt die Ablehnung des Antrags vor.

Abg. Gemeinder (NSDAP.) erklärt, es sei ganz unverständlich und unverantwortlich, daß der durchaus berechtigte Antrag der Kommunisten abgelehnt werde von Parteien, die sich christlich nennen. Die Kammern der Armen, die als Opfer der verfehlten Wirtschaft und Politik auf der Straße liegen, dürften nicht zum Weihnachtstisch ohne jede Hilfe bleiben. Ganz unverantwortlich sei die vom Sozialdemokraten Biedermann im Ausschuss vorgebrachte Ausrede, diese Unterstützung sei Sache der Länder und Gemeinden. Jeder wisse doch, daß Länder und Gemeinden kein Geld haben und daß das Reich helfen muß, wenn die Zahl der Selbstmorde unter den Hungernden und frierenden Menschen nicht noch weiter steigen soll.

Abg. Schulze-Dahleborg (SPD.) tritt für den Antrag seiner Fraktion ein. Danach soll die Winterbeihilfe betragen für die Hauptunterstützungsberechtigten 40 RM, für jeden Unterhaltungsberechtigten und Empfänger von Waisenrente 12 RM.

Abg. Rathen (SPD.) erklärt, die Sozialdemokraten wollten nicht mit derselben Demagogie wie die Rechts- und Volkskonservativen ihr Parteipöppel an der Not der Armen locken. Die Demagogie der Nationalsozialisten habe der ihnen politisch nahestehende Kapitän Ehrhardt in der Berliner Wochenszeitung gekennzeichnet. Die Nationalsozialisten sorgten nicht für die Deckung der Steuern, die die Winterbeihilfen erfordern würden. Wo die Sozialdemokraten in den Gemeinden entscheiden, da sorgen sie für ausreichende Winterbeihilfen. Der vorliegende Antrag gilt aber nur der Parteiorganisation und wir lehnen ihn daher ab. Wir werden in der nächsten Zeit die Kommunisten und Nationalsozialisten vor die erste Frage stellen, ob sie mit uns gemeinsam